

Aufruf

Das Schweriner Friedensbündnis ruft alle friedensbewegten Menschen, Organisationen, Parteien, Kirchen und Verbände, im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Abrüsten, statt Aufrüsten“, zu einer gemeinsamen Friedenskundgebung auf. Gleichzeitig unterstützen wir den Aufruf „Würde statt Waffen“ in dem #aufstehen bundesweit zu Aktionen aufruft.

Am **1.11.2018** werden wir ab 15.00 Uhr Unterschriften für die Kampagne sammeln, Infomaterial anbieten sowie sowie andere kreative Formen des Protestes durchführen.

Von **17.00-18.30 Uhr** wird dann die eigentliche Kundgebung stattfinden, wo **Jeder** seine Meinung zum Thema Aufrüstung und Krieg sagen oder den Anderen zuhören kann.

Die Veranstaltung wird an der **Ecke Schloss- / Mecklenburgstraße** stattfinden.

Wir bitten Sie unseren Protest zu unterstützen und Ihre Mitglieder zur Teilnahme aufzurufen.

Hintergrund:

Mit ihrem Bundeshaushalt 2019 plant die Bundesregierung eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts, der nicht nur den Frieden auf dem europäischen Kontinent gefährdet, sondern auch an den haushaltspolitischen Geboten der Stunde vollkommen vorbei geht.

Ein kurzer Blick auf die Zahlen: Die Bundeswehr erhält im kommenden Jahr vier Milliarden Euro mehr vom Bund. Vom Gesamthaushalt des Bundes, 356,8 Milliarden Euro, sollen im kommenden Jahr mehr als 12 Prozent (42,9 Mrd. Euro) für das Militär ausgegeben werden. In den kommenden fünf Jahren sollen sich diese jährlichen Ausgaben auf 60 Milliarden Euro pro Jahr steigern. Damit soll das vergleichsweise kleine Deutschland im Jahr 2023 bereits knapp 3 Milliarden Euro mehr für „Verteidigung“ ausgeben, als die Russische Föderation! Die Militärausgaben aller NATO-Staaten übertreffen den gesamten, russischen Rüstungshaushalt bereits heute um das Vierzehnfache!

Wir sagen: ES REICHT! Die Steuergelder, die unsere Regierung für die Aufrüstung ausgeben will, gehören uns! Altersarmut, Kinderarmut, Wohnungsnot und massiver Investitionsrückstau bei Schulen, Pflege, Infrastruktur und Telekommunikation nehmen immer größere Dimensionen an. In keinem dieser Bereiche beabsichtigt das Kabinett bislang, ausreichende Steuermittel auszugeben – doch genau dort gehören diese Gelder hin! Es ist unser Geld!

Die Bundesregierung hat zugegeben, dass keine konkreten Hinweise zu Angriffsplänen Russlands auf seine Nachbarländer oder Europa vorliegen. Dennoch wird versucht uns das glauben zu machen, und es werden riesige und provokante Manöver der Nato, mit deutscher Beteiligung, an der russischen Grenze durchgeführt. Allein dafür, stellt der Bund über 80 Millionen Euro bereit.

WIR STEHEN AUF GEGEN DIESE POLITIK! ABRÜSTEN, STATT AUFRÜSTEN!